

---

## FORUM: Gewerkschaften und Sozialdemokratie

---



Hans-Joachim Schabedoth:  
Gute Zeiten, schlechte Zeiten  
Szenen und Perspektiven der Beziehungskiste  
Sozialdemokratie/Gewerkschaften

*Dr. Hans-Joachim Schabedoth, geb. 1952, nach Lehre und Arbeit als Elektromechaniker Studium der Geschichte, Politik- und Erziehungswissenschaft, ist Mitarbeiter der Abteilung 1. Vorsitzender/Koordinierung/Politische Planung beim Vorstand der IG Metall in Frankfurt.*

---

Sie können nicht voneinander lassen, weil sie einander brauchen. So leben sie nun schon länger als ein Jahrhundert nebeneinander, was gelegentliches Miteinander nicht ausschließt. Aber zwei, die sich so gut kennen wie Gewerkschaften und Sozialdemokratie, können sich auch gehörig auf die Nerven gehen, nicht zuletzt, weil sie sich überfordern und durch gelegentliche Zumutungen die Beziehung belasten. Ob es eine spannungsreiche Dauerbeziehung bleibt oder die völlige Zerrüttung eintritt, das entscheidet sich mit dem Übergang vom sozialdemokratisch geprägten 20. Jahrhundert zu einem 21. Jahrhundert,

das sozialdemokratische Problemlösungskompetenz und Kooperation mit den Gewerkschaften nötiger denn je hätte.

Während ihrer ganzen gemeinsamen Geschichte hat es beiden genutzt, sich nicht als bloßer Lautsprecher oder gar Transmissionsriemen des Anderen zu verstehen und zu verhalten. Der Zusammenschluss politischer Richtungsgewerkschaften der Weimarer Republik zur Einheitsgewerkschaft hat die Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften erheblich verbessert. Und der Abschied der SPD vom Anspruch der Klassenpartei und ihr Wandel vom Weltanschauungsblock zur offenen Volkspartei hat sich zum Vorteil beider ausgewirkt. Fortgesetzte Modernisierungsbemühungen in beiden Organisationen versprechen neue gemeinsame Zugewinne an Durchsetzungs- bzw. Überzeugungskraft, wenn Eigenständigkeit respektiert bleibt, ohne sich dabei aus dem Auge zu verlieren.

Gewerkschaften verstehen sich als Interessenvertretung aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Als Einheitsgewerkschaften bestehen sie auf parteipolitischer Unabhängigkeit, sind aber in der politischen Auseinandersetzung nicht meinungslos oder neutral. Die politische Funktion der Gewerkschaften ist es, durch betriebsbezogene Arbeit, durch Tarifpolitik sowie durch gesellschaftspolitische Initiativen Selbstbewusstsein und Engagement der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu wecken und anzuleiten. Dabei wollen sich Gewerkschaften nicht in die Rolle der Ersatzarbeitgeber oder gar einer Nebenregierung drängen. Es geht ihnen nicht um politischen Machterwerb, sondern um das Einwirken auf politische und ökonomische Macht im Interesse des Ausbaus und der Verteidigung von Arbeitnehmerrechten. Mit dieser Zielperspektive sind Gewerkschaften Anwälte für Arbeit und soziale Gerechtigkeit und damit Bestandteil einer gesellschaftspolitischen Reformbewegung. Auch die SPD versteht sich als Teil einer gesellschaftlichen Reformbewegung. Ihre Zielsetzung ist es, gestaltenden Einfluss in den parlamentarischen Institutionen der rechtsstaatlichen Demokratie zu gewinnen und im Interesse ihrer politischen Programmatik zu nutzen. Im Wettbewerb mit den anderen demokratischen Parteien muss sie sich bemühen, mehrheitsfähig zu werden bzw. zu bleiben. Das bedingt ständige Versuche, neue Wählerschichten zu erreichen, ohne alte zu verlieren. Bei dieser Ausgangslage ist das Sortieren zwischen Berührungs- und Reibungspunkten im Verhältnis von Sozialdemokratie und Gewerkschaften stets abhängig vom konkreten Testfall.

Der einjährige Geburtstag des Regierungswechsels war noch nicht erreicht, da war die Freude, mit einem sozialdemokratischen Kanzler ein neues Jahrtausend beginnen zu können, bereits der Ernüchterung gewichen. Die Hypotheken sechzehnjähriger Kohl-Regierung sind offenbar nicht nur nach gewerkschaftlichen Wunschkatalogen abzuarbeiten. Die Gewerkschaften lassen es sich trotzdem immer noch gerne zurechnen, für die nun sozialdemokratisch geführte Regierung eine Art Geburtshelfer-Funktion gehabt zu haben. Doch zwischenzeitlich hat sich eine alte Elternerfahrung bestätigt: Ein Baby strampelt erst einmal kräftig und ziellos, bevor es richtig gehen lernt. Mit der rot-grünen Regierungskoalition ist das genauso. Bei aller Freude über das junge Leben hat dessen unkoordiniertes Strampeln und das damit verbundene laute Geschrei verstört. Die ersten Gehversuche hätte man sich entschlossener gewünscht. Sicher, da wird auch aus der Gewerkschaftsperspektive anerkennend eingeräumt, die Wahlversprechen seien gehalten worden. Selbstverständlich ist das keineswegs. Wichtige Korrekturen an arbeitnehmerfeindlichen Gesetzen der Kohl-Regierung sind unter Dach und Fach oder wurden vorbereitet. Der politische Gebrauchswert dieser Regierung ist aus der gewerkschaftlichen Perspektive enorm. Einen politischen Tauschwert, gemessen am Wählerückhalt, hat das trotzdem nicht gehabt. Dennoch bleibt richtig: Kranke dürfen jetzt nicht mehr mit Lohnabzug bestraft werden. Der Kündi-

gungsschutz gilt auch wieder in kleineren Betrieben. Es gibt den Einstieg in die ökologische Steuerreform und Steuerentlastungen, diesmal nicht nur für die Leute mit den dicksten Brieftaschen. Und natürlich wissen die Gewerkschaften es zu schätzen, dass endlich konkret ausgelotet werden kann, welche Beiträge für mehr Beschäftigung und soziale Gerechtigkeit im Rahmen eines Bündnisses für Arbeit geleistet werden können.

Doch wie so oft sind die guten Zeiten allzu schnell den schlechten gewichen. Mit Unverständnis haben nicht nur die Gewerkschaften, sondern große Teile der Wähler registriert, wie sich die ehrgeizigen Reformvorhaben der Regierung quasi über Nacht, das heißt nach der politischen Fahnenflucht des Oskar Lafontaine, dem Ziel der Haushaltssanierung unterzuordnen hatten. Dass nach den vielen Jahren der Waigel-Herumpfuserei am Finanzgerüst des Staates grundsaniert werden musste, ist unter den Gewerkschaften relativ unstrittig. Verärgert hat mehr das "Wie" als das "Ob". Die Gleichzeitigkeit von Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung mit Zugeständnissen bei Steuerentlastungen für Unternehmen und Sparaktionen bei Rentnern und Arbeitslosen passt nicht ins Bild. Gleichzeitig ist nicht zu übersehen, dass sich die Arbeitgeber im Bündnis für Arbeit unverhältnismäßig mehr für weitere ökonomische Vergünstigungen als für konkrete beschäftigungspolitische Verabredungen interessieren. Anstatt diese Abzock-Mentalität zu rügen, spielten sich sozialdemokratische Spitzenfunktionäre im Sommerloch die Themenbälle der Neoliberalen zu. Da wurden die Gewerkschaften zur Lohnzurückhaltung gemahnt. Da entdeckte der SPD-Fraktionsvorsitzende eine bislang verborgene Vorliebe für weitreichende Steuerreformpläne nach dem Muster der FDP: Alle zahlen weniger, die ganz Reichen überhaupt nichts, und, oh Wunder, allen geht es besser und überall sprießen die neuen Arbeitsplätze aus dem Boden. Musste sich nicht da jeder Gewerkschafter reichlich desillusioniert fragen, wieso ausgerechnet die behäbige, aber irgendwie geschätzte Tante SPD auf jeder neuen Westerwelle mitsurfen will.

Die Irritation wuchs mit der Beförderung eines unausgegorenen Hombach/Mandelson-Papieres durch Gerhard Schröder und Tony Blair zur sozialdemokratischen Programmbekundung. Die dort gesammelten Vorschläge "zum Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten" entpuppten sich als misslungene Collage unumstrittener Allgemeinplätze mit Catchwords für eine nicht näher definierte politische Mitte und schlecht Aufgewärmtem aus den Küchen des hinlänglich diskreditierten Neoliberalismus. Gemeinsame historische Wurzeln hin, gemeinsame Zukunftshoffnungen her: trotz guter Anfangsleistungen, der Vertrauensvorschuss der Gewerkschaften für die endlich wieder SPD-geführte Regierung schmolz dahin. Eine Serie von Wahlniederlagen bewies den handelnden Akteuren der SPD, dass sie die verbreitete Enttäuschung in den Gewerkschaften und in ihrer Wählerschaft endlich ernst nehmen muss. Mittlerweile scheint wirklich verstanden worden zu sein, dass der schwindende Rückhalt für die SPD nicht nur ein gigantisches Kommunikationsproblem ist. Jetzt gilt es, den Verdacht endgültig auszuräumen, es könnte vielleicht gar nicht gewollt sein, was im Regierungsprogramm und in der Koalitionsvereinbarung verabredet ist. Dass die Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände, ihre politischen Fürsprecher und publizistischen Helfer von Anfang an dieser Regierung Fallen stellen würden, war vorhersehbar. Überrascht hat, wie geduldig sich die SPD-geführte Regierung von den Hans-Olaf-Henkel-Truppen abwatschen ließ, statt ihnen mit dem Wählervotum im Rücken endlich die Grenzen des Strebens nach Profit um jeden Preis aufzuzeigen. Es bleibt die Achillesferse der SPD, zwischen ihrem klaren Wählerauftrag zum Politikwechsel und den Schritten, ihn zu vollziehen, nicht klar genug zu vermitteln. Die Gewerkschaften können dieses Vakuum nur konstatieren, nicht aber füllen, wollen sie die Prinzipien der Einheitsgewerkschaft nicht verletzen. Im-

merhin haben sie hinreichend bekundet, dass sie weiterhin für eine andere Politik eintreten und es der SPD immer noch zutrauen, sie auch zu realisieren.

Der klare Auftrag der Wähler, den Politikwechsel zu vollziehen und Beschäftigung und soziale Gerechtigkeit in das Zentrum der Politik zu rücken, begleitet die SPD in das nächste Jahrhundert. Es liegt nicht an den Gewerkschaften, wenn die vielen Chancen für eine soziale und ökologische Modernisierung der Gesellschaft ungenutzt bleiben oder im Sande verlaufen. Die Gewerkschaften stehen der SPD-geführten Bundesregierung zur Seite, wenn es darum geht, die Wirtschaft in einem effizienten sozialen Ordnungsrahmen in den Dienst des sozialen und ökologischen Fortschritts zu nehmen, selbst wenn es nicht so rasch geht, wie es der grüne Koalitionspartner herbeiträumt. Das Ziel der Regierungspolitik, Modernisierung im Spannungsbogen von sozialer Gerechtigkeit und Innovation zu forcieren, verlangt danach, die eigene Reformkraft unter gewandelten Rahmenbedingungen zu stärken. Deutlich davon unterscheidbar wären dagegen Modernisierungsstrategien, die nur so heißen, im materiellen Kern aber nicht mehr bedeuten als soziale Tünche für einen Kapitalismus nach amerikanischem Muster.

Mit dem neuen Jahrhundert stehen Gewerkschaften und Sozialdemokratie am Scheideweg: Können sie das soziale Fundament der Demokratie erneuern und als historisches Erbe der Arbeiterbewegung und gestaltende Kraft des vergangenen Jahrhunderts den Einstieg in das neue Jahrhundert bestimmen? Im Konflikt mit den Gewerkschaften schafft das kein sozialdemokratischer Kanzler, weil auf diese Weise ein tragfähiger Konsens mit Wählermehrheiten wohl nicht zu erzielen ist. Die gelockerte Bindekraft der SPD zu ihren einstigen Stammwählern aus der Arbeitnehmerschaft lässt sich durch Zugewinne bei anderen Wählergruppen nicht kompensieren. Die Gefahr besteht, die einen nur sehr zögerlich zu gewinnen, die anderen aber Zug um Zug ganz zu verlieren. Wenn es je genügt hat, das Bündnis mit den Gewerkschaften allein auf Telefonkontakte der Parteispitzen mit den Gewerkschaftsvorsitzenden zu gründen, genügt es heute nicht mehr. Wer mit den Gewerkschaften in Kontakt bleiben will, darf ihre Anliegen nicht nur rhetorisch aufgreifen, sondern muss bei der praktischen Abarbeitung von Problemen mitzuwirken wissen. Wie vielversprechend dieser Ansatz ist, offenbaren die ersten Gerhard-Gerhard-Rufe seit dem Regierungswechsel, die am 24. November 1999 in Frankfurt zu hören waren. Dem Bundeskanzler war zuvor gelungen, in einer persönlichen Initiative die Banken für einen Sanierungsplan des konkursreifen Holzmann-Baukonzerns zu gewinnen. Zu Recht hat Gerhard Schröder den Banken eine Leistung abgefordert, die sich betriebswirtschaftlich nicht rechnet, aber gesamtwirtschaftlich rentiert. Die tausendfachen empirischen Belege, dass Unternehmen nur an ihre Kasse und Verbände nur an ihre Interessen denken, mag die SPD im Allgemeinen und ihren Parteivorsitzenden im Besonderen hin und wieder dazu verleiten, in den Gewerkschaften auch nur einen Interessenverband unter vielen anderen zu sehen. Diese Sichtweise birgt auf Dauer einen viel verhängnisvolleren Sprengstoff für die Beziehungskiste Gewerkschaften/SPD als die gelegentliche Missachtung der jeweiligen Opportunitätskalküle. Gewerkschaften sind eben nicht irgendein Lobbyverband wie die vielen anderen, sondern die Stimme der Arbeit. In einer Deklaration der Vatikanischen Glaubenskongregation findet sich der Grundsatz: "Die Arbeit ist der Schlüssel zur ganzen Sozialfrage. Gerechte Arbeitsverhältnisse fördern die ganzheitliche Entwicklung der menschlichen Person. Die Arbeit hat Vorrang vor dem Kapital." Wenn die SPD nicht hinter eine solche Orientierung zurückfallen will, sollte sie sich im Fortschreiten ihrer eigenen Modernisierungsbemühungen nicht in gleicher Distanz zu Kapital und Arbeit verorten wollen.

Erhard Eppler, ein in Weisheit ergrauter, kluger Sozialdemokrat, hat gemutmaßt, Gerhard Schröder habe mehrfach "Hier" gerufen, als der liebe Gott den politischen Instinkt verteilte. Wenn Eppler sich da nicht irrt, wird der amtierende Bundeskanzler schnell von seinen Vorgängern lernen müssen:

- Von Konrad Adenauer die Bereitschaft, sich auch von der Opposition nicht daran hindern zu lassen, jeden Tag klüger zu werden.
- Von dem als Kanzler glücklosen Ludwig Erhard die Erfahrung, dass man sich nicht auf Dauer und um jeden Preis auf die Folgebereitschaft seiner Partei verlassen kann.
- Von Kurt Georg Kiesinger die Erfahrung, dass man leicht Kanzler einer großen Koalition werden kann, es aber sehr unwahrscheinlich ist, es lange zu bleiben.
- Von Willy Brandt die Fähigkeit, begeisterungsfähige Visionen zu entwickeln und für ihre Realisierung Wähler zu mobilisieren.
- Von Helmut Schmidt, dass man ökonomische Kompetenz auch dann, ja gerade dann unterstreichen kann, wenn man den Wirtschafts- und Arbeitgeberverbänden widerspricht und den Primat der Politik nicht der Anarchie des Marktes opfert.
- Und schließlich kann Gerhard Schröder von Helmut Kohl lernen, dass man irgendwann selber zum Problem wird, wenn man Probleme nur aussitzen will.

So wie jeder deutsche Fußballfan "seine" Fußballnationalmannschaft besser als Erich Ribbeck aufstellen kann, mag es vielleicht sein, dass jeder Gewerkschafter der Sozialdemokratie ein besseres Regierungskonzept vorschlagen könnte. Die Gewerkschaften nehmen von Gerhard Schröder deshalb gerne entgegen, dass es einen Unterschied zwischen Kanzler und Kanzlerkritiker oder - wie er sagen würde - Koch und Kellner gibt. Freilich ist es eine Überlegung wert, warum die ganz anderen Kanzlerkritiker eine Wahl nach der anderen gewannen und inzwischen der Koch da ist, wo der Eichel einmal war. Während der Eichel da ist, wo der Lafontaine einmal kochte, wenn auch oft nur vor Wut, wie man seinen Memoiren entnehmen darf. Das dafür eingestrichene Geld wird sicher verhindern, dass Lafontaine kellnern muss. Mit seinem inzwischen von politischer Praxis unbeleckten reinen linken Herzen mag er nun genug Muße haben, um den Kellnern zu erklären, warum der Wein nach Korken schmeckt. Auf den Kanzler und auf Lafontaines Nachfolger im Amt des SPD-Vorsitzenden warten jetzt wesentlich größere Aufgaben. Es ist höchste Zeit, dass er den Wählerauftrag zum Politikwechsel annimmt statt ihn zu fliehen. Statt zum bloßen Amtsinhaber zwischen zwei Jahrhunderten zu werden, hat er immer noch die großartige Chance, Vermittler zwischen den besten Erfahrungen des ausgehenden und den Herausforderungen des beginnenden Jahrhunderts zu werden. Die Gewerkschaften stünden ihm dabei sicher zur Seite, zwar nicht als Kellner, dafür aber als Rückenstütze und Ideengeber für mehr Arbeit und soziale Gerechtigkeit.